

Berichterst. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeilspalte oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Nebenblatt 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an. Die Redaktion.

C. H. Berlin, 21. Januar. Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 21. Januar.

Präsident v. Leo v. G. eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Vötkcher, Graf Bismarck, v. Malgahn, Dr. v. Stephan, Graf Hohenthal, v. Marischal u. A. Präsident v. Leo v. G. widmet dem jüngst verstorbenen Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt ehrenvolle Worte des Andenkens.

Der Fürst habe den Krieg von 1870-71 persönlich mitgemacht und sich ebenso als tapferer Heerführer wie als treu geblieben Bundesgenosse unseres Kaisers stets erwiesen.

Tagessordnung: Dritte Beratung der Vorlage betreffend die Poststampschiffs-Verbindung mit Ostafrika.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Es wird hierauf in die dritte Beratung des Etats eingetreten in Verbindung mit dem Anleihegesetz, der Militärergänzungs-Novelle und dem Bericht der Budget-Kommission über die zum Etat der Reichs-Postverwaltung gestellten Anträge.

Es handelt sich dabei um die Anträge der Abgg. Dr. Baumbach und Richter (fr.) auf Einsetzung einer Summe von 6,000,000 Mark in den Etat zur Gewährung einer einmaligen Zulage von 5 Prozent des Dienstentkommens für diejenigen eratsmäßigen und dazwischen beschäftigten Reichsbeamten, deren Dienstbezüge die Summe von 3150 Mark pro Jahr nicht übersteigen.

Die Budget-Kommission empfiehlt dem Reichstage einen Antrag zur Annahme, durch welchen die verbündeten Regierungen ersucht werden, im nächsten Etat eine entsprechende Erhöhung der Beamtengehälter herbeizuführen.

Staatssekretär v. Vötkcher: Ich ergreife beim Eingang der Diskussion das Wort, weil ich glaube, durch meine Erklärung die Beratung über die Anträge abzukürzen. Die Frage der Verbesserung der Beamten-Gehälter liegt der Regierung eben so am Herzen, wie dem Reichstage. Wenn dieselben noch nicht mit Anträgen vor den Reichstag getreten sind, so hat dies darin seinen Grund, weil es den verbündeten Regierungen erwünscht sein muß, sich dabei auf ein Verbum des Reichstages stützen zu können.

Die hier stattgefundenen Verhandlungen haben die Regierung davon überzeugt, daß angemessene Vorschläge ihrerseits auf Annahme durch den Reichstag rechnen können. Der Vorschlag, daß die verbündeten Regierungen den Vorschlägen auf Verbesserungen zustimmen, trifft bis ins Herz hinein gegenüberstehen, trifft nicht zu. Bestimmte Erklärungen haben vom Bundesratsvorsitzenden bisher nicht abgegeben werden können, weil ein Beschluß des Bundesrats noch nicht vorliegt. Obwohl dies noch nicht der Fall ist, glaube ich doch heute bereits versichern zu können, daß die verbündeten Regierungen bereit sind, innerhalb des sich herausstellenden Bedürfnisses und der gegebenen finanziellen Grenzen mit bezüglichen Vorschlägen vorzugehen. Von einzelnen Regierungen sind mir auch bereits entsprechende Erklärungen zugegangen, wodurch die Majorität gesichert ist. In derselben Richtung bewegt sich auch der Vorschlag der Kommission, indem dieselbe für 1890-91 einen Nachtragsetat und eine weitere dauernde Regelung der Gehaltsverbesserungsfrage für die nächste Session wünscht. Ich kann in Gemäßheit der mir vorliegenden Erklärungen versichern, daß dieser von der Kommission vorgeschlagenen Resolution Folge gegeben werden wird. Den Antrag Richter-Baumbach bitte ich abzulehnen, denn wenn selbst der neu-geschaffte Reichstag nicht habe, sondern erst im Herbst zusammenzutreten sollte, so würde die Verbesserung der Gehälter durch einen Nachtragsetat für 1890-91 geregelt werden können. Es ist also weder für die Regierung, noch für die Beamten etwas verloren, wenn Sie den Antrag der Kommission annehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr.): Diese Erklärung klingt ganz anders, als die in der Kommission abgegebenen. Bedauerlich ist, daß bisher die jetzt vorhandenen scheinende Fühlung der Reichsregierung mit Preußen gefehlt hat. Es würde doch immer möglich gewesen sein, daß seitens der Postverwaltung im Reich das gleiche hätte geschehen können, wie seitens der Eisenbahnverwaltung in Preußen. In Preußen kommen die Unterbeamten bereits im April in den Genuss der höheren Bezüge, im Reich dagegen nicht. Dies ist für die Beamten doch von großem Interesse.

Staatssekretär v. Malgahn-Gültz: Es ist eine Legende, daß Preußen besser für seine Beamten forgiere, was das Reich. Zwar hat Preußen das Bedürfnis früher anerkannt, aber der preussische Etat geht in den Mittelstücken der Befriedigung wesentlich nicht weiter, als der Reichsetat. Ich hoffe, daß der Reichstag die Gehaltserhöhungen einstimmig bewilligen wird.

Abg. Freiherr v. D. v. (Reichs-) zieht nach dieser Erklärung seinen früher gestellten Antrag als gegenstandslos zurück.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Nach den Erklärungen des Staatssekretärs v. Vötkcher habe ich es für richtig, von allen hier gestellten Anträgen abzusehen. Es ist immerhin möglich, seitens des Reichstages die Initiative zu großen Entschärfungen zu ergreifen und blühndsten eine Pauschalsumme in den Etat einzustellen.

Abg. Kalle (natl.) erklärt, daß er seinen früher gestellten Antrag ebenfalls zurückziehe.

Abg. Richter: Wenn der Herr Staatssekretär der Legende entgegengetreten will, daß die Unterbeamten habe, als die Reichsregierung, so verweise ich darauf, daß der preussische Eisenbahnminister etwa jährlich 7 1/2 Millionen Mark mehr

in den Etat eingestellt hat für seine Beamten. Ich halte es nach wie vor für wertvoller, eine bestimmte Summe in den Etat einzustellen, als sich mit einer bloßen Resolution zu begnügen. Wie die Sache aber einmal liegt, ziehe ich meinen Antrag zurück, in der Hoffnung, daß die Reichsregierung im Sinne der Resolution verfahren wird.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) giebt seiner Befriedigung über die Erklärung des Staatssekretärs v. Vötkcher Ausdruck, ebenso Abg. Singer (Soz.), welcher die Hoffnung ausspricht, daß diese Erklärung nicht dasselbe Schicksal erleiden werde, wie im vorigen Jahre die feierliche Versicherung der Thronrede, betreffend die Einbringung der Vorlage der Steuerreform.

Damit schließt die General-Diskussion. Beim Etat des Reichskanzlers erhebt sich eine kurze Diskussion über den Antrag des Abg. Dr. Singer (Zentr.), durch welche der Reichskanzler um mögliche Förderung der Sonntagsruhe ersucht wird.

Der Antrag wird angenommen. Gleichzeitig mit dem Militäretat wird die Militärgesetz-Novelle zur Beratung gestellt. Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung angenommen.

Beim Militäretat fragt Abg. Dr. Baumbach, ob die von ihm gegebene Anregung, den Familien der zu den Friedensübungen einberufenen Reservisten und Landwehrgenossen Unterstufungen zuzulassen, schon von Erfolg gewesen sei.

Kriegsminister v. Verdy du Vernois erwidert, daß die Angelegenheit noch in der Schwebe liege, die Vorbereitungen aber beschleunigt werden würden.

Zu dem Etat der Postverwaltung erklärt Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Abgg. Richter und Schmidt (Oberfeld) haben bei der ersten Lesung des Etats zwei Fülle zur Sprache gebracht, nach welchem ein Zeitungsredakteur in Kopenhagen wegen Verbeulung einer Zeitung wegen Postkontravention zur Unternehmung gezogen, während bezüglich der „Kölnischen Zeitung“ in einem ganz gleichen Falle nicht eingeschritten worden sei. Ich habe schon damals an der Möglichkeit der Mitteilung geäußert und die Unternehmung war ergeben, daß die Fälle allerdings verschieden waren und daß der Abg. Schmidt sich geirrt hat und nicht der Staatssekretär.

Abg. Richter ist der Ansicht, daß die beiden verchieden behandelten Fälle die Notwendigkeit einer Aenderung der betreffenden Gesetzgebung darthun.

Staatssekretär v. Stephan: Das mag richtig sein. Hier handelt es sich aber darum, daß der Abg. Schmidt eine unrichtige Thatsache mittheilt und daran Angriffe gegen die Postverwaltung knüpft.

Bei den einmaligen Ausgaben liegen zwei Anträge vor: 1) von Abg. Dr. Baumbach und Richter: den Titel 6 folgendermaßen zu fassen: Zur Vergrößerung des Postgrundbesitzes in Frankfurt (Main) dritte Rate 231,500 Mark und zur Herstellung von Hintergebäuden 150,000 Mark, zusammen 381,500 Mark; 2) von den Abgg. Fürst v. Dagselt, v. Bennigsen, v. Karoboff gleichlautend mit dem vorhergehenden.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Ich begrüße diese Anträge mit Freuden. Ich habe bereits erklärt, daß Se. Majestät der Kaiser auf das Absteigequartier in Frankfurt verzichtet habe, von dem Wunsch befehl, daß die im öffentlichen Verkehrsinteresse notwendigen Bauten in Frankfurt noch in diesem Etat bewilligt werden mögen. Ich glaube der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß dieser allerhöchsten Intention gemäß verfahren wird.

Der Antrag Dr. Baumbach-Richter wird angenommen.

Abg. Graf v. Dohna-Hinckeldey u. v. Buttamer-Plauth beantragen, die Forderung von 70,000 Mark zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Marienburg abzulehnen und folgende Resolution anzunehmen: „In Erwägung, daß der gegenwärtig in Aussicht genommene Bauplatz die Interessen des Schlossbaues in Marienburg erheblich schädigt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen anderen Bauplatz in Aussicht zu nehmen.“

Nachdem Abg. Graf v. Dohna-Hinckeldey (son.) den Antrag warm empfohlen, erklärt Staatssekretär v. Stephan, daß er in Anerkennung der großen historischen Bedeutung der Marienburg in der Lage sei, sich diesem Antrage anzuschließen zu können, aber unter zwei Vorbehalten, daß der Postverwaltung einmal ein anderer angemessener Bauplatz überwiegen und daß ferner die Angelegenheit nicht lange hingezogen werde, da das Bedürfnis ein dringendes sei. Der der Postverwaltung von den städtischen Behörden offerirte Platz genüge den Anforderungen nicht.

Abg. v. Buttamer-Plauth (son.) bedauert diese Vorbehalte, durch welche die entgegenkommende Erklärung des Staatssekretärs allen Werth verliert.

Abg. Richter ist der Ansicht, daß die Diskussion über die Platzfrage gegenwärtig verfrüht sei.

Der Antrag Graf v. Dohna wird angenommen, die Position gestrichen.

Auf Antrag des Abg. Günther (natl.), der vom Staatssekretär v. Stephan und Dr. Baumbach unterstützt wird, geht das Haus die in zweiter Lesung gestrichene Position für ein Postgebäude in Zeitz, erste Rate 70,000 Mark, in den Etat wieder ein.

Bei dem Etat des Reichsamt des Innern erklärt auf eine Anregung des Abg. Beiel (natl.) der

Staatssekretär v. Vötkcher, daß von Seiten der Regierungen auf eine Ermäßigung der Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften nicht eingewirkt werden könne, weil die Berufs-genossenschaften Selbstverwaltungskörper seien. Das billiger verwaltet werden könne, müsse zugegeben werden und möchte er von dieser Stelle aus eine dahin gehende Ermahnung an die Berufs-genossenschaften richten.

Der Etat wird erledigt bis auf die Marktrikularbeiträge.

Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Tagesordnung: Zweite Beratung des Nachtragsetats und zweite Beratung des Sozialistengesetzes.

C. H. Berlin 21. Januar. Preussischer Landtag.

Abgeordneten-Haus. 3. Sitzung vom 21. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministerische: von Scholz, Dr. von Encius, Dr. von Schelling, von Plath und Kommissare.

Präsident v. Köller theilt dem Hause mit, daß der Kaiser das Präsidium in Audienz empfangen, die Kundgebung der Theilnahme des Hauses an dem Feingange der Kaiserin Augusta huldvoll entgegen genommen und den Präsidenten beauftragt habe, dem Hause den allerhöchsten Dank auszusprechen.

Tagessordnung: Erste Beratung des Etats pro 1890-91.

Abg. v. Huene (Zentr.): Der Etat an und für sich würde sich kaum zu einer Generalberathung eignen; die einzelnen Zahlen werden dazu dienen, auf ihre wirtschaftliche Bedeutung geprüft zu werden. Erfreulich ist die erweiterte Fürsorge für den gewerblichen Unterricht und für die Kantalarbeamten, doch wird es sich fragen, ob diese Fürsorge ausreicht. Inwiefern, ich will darauf nicht eingehen, will vielmehr nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Aus der Defizitwirtschaft sind wir heraus und sind in die Reservatwirtschaft gekommen; ich will darüber keine Vorwürfe erheben, bin vielmehr dankbar einverstanden, stimme aber dem Herrn Finanzminister darin bei, daß wir äußerst vorsichtig sein müssen. Zu den von dem Herrn Finanzminister angeführten Gründen, welche zur Verzicht gemahnen, tritt noch ein Grund hinzu, und das ist unser Verhältnis zu den Finanzen des Reiches. Das Reich arbeitet nicht mit einem Defizit, weil dieses durch die Materialverbräuche gedeckt wird, wir werden aber auch auf einen höheren Betrag der Reichsteuern nicht rechnen dürfen, dagegen in Betracht ziehen müssen, daß im nächsten Jahre dem Reiche die Kürzungen für die Durchführung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes obliegt. Wenn der Herr Finanzminister uns aufgereizt hat, die Zollpolitik nicht durch Nachwirkungsbeitrag zu schädigen, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich trotz der hohen Preise die Aufhebung der Getreidezölle für ein Verbrechen halten würde. (Sehr richtig! rechts.)

Die Aufhebung dieser Zölle würde für die Landwirtschaft im Osten der Verhältnisse sein und nur die Unkenntnis der Verhältnisse kam die Aufhebung derselben fordern. (Sehr richtig! rechts.) Was die Ver Huene anlangt, an welche mich der Herr Kollege Never so eben erinnert, so habe ich von Anfang an betont, daß ich mich aus dem Augenblick freuen würde, wo wir aus dem unvollkommenen Zustand herauskommen und zu einem besseren übergehen könnten, wo wir namentlich dauernde Ueberweisungen erhalten werden. Die Art und Weise, in welcher mein Antrag wegen Regelung der Grund- und Gebäudesteuer im vorigen Jahre hier im Hause angenommen wurde, hat nach den Worten der Thronrede dahin geführt, mit der Reform der Einkommensteuer vorläufig noch zurückzuhalten. Ich begrüße diese Aenderung der Thronrede mit Freuden, denn für solche gesetzgeberischen Maßregeln sind Grundlagen nötig, welche der einzelne Abgeordnete nicht schaffen kann. Die Grund- und Gebäudesteuer halte ich für die unangenehmste Steuer, und ich glaube, daß jetzt die Zeit ist, mit der Steuerreform vorzugehen, denn eine Steuerreform soll man eintreten lassen, wenn man Geld hat. Die Thronrede hat eine Verbesserung der Beamtengehälter verheißen; wir werden uns mit ihr darüber verständigen. Ich wünsche aber, daß die Regierung dabei auch der Steuerzahler gedenken und uns die Steuerreformvorlage recht bald zugehen lassen möge. (Beifall im Zentrum.)

Die inzwischen festgestellten Rednerliste ergibt 8 Redner gegen und 10 Redner für den Etat.

Abg. v. Zedlitz-Neukirch (fr.): In dem letzten Wunsche des Vordrönerer stimme ich überein. Die Zahlen des Etats beweisen, daß der Ausdruck der Thronrede richtig ist, daß wir uns zur Zeit in einer günstigen Finanzlage befinden. Aber sowohl die Thronrede, wie der Herr Finanzminister und auch der Vordrönerer haben darin Recht, daß es voreilig sein würde, aus der Gegenwart einen Schritt auf die Zukunft zu ziehen. In meinem Gesamturtheil über den Etat und über unser Verhältnis zum Reiche kann ich aber nur der Ansicht des Herrn Vordrönerer beistimmen, daß wir auf eine Erhöhung der Einnahmen aus den Steuern des Reichs nicht rechnen dürfen, im Gegentheil wird die Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung im Reiche dem Staate Preussen erhebliche Kosten auferlegen. (Abg. Richter: Horst! horst!) Daran geht hervor, daß wir eine vorsichtige und sorgsame Finanzpolitik treiben und namentlich unsere Ausgaben auf das notwendige Maß beschränken müssen. Im Interesse des Vaterlandes und auch der Steuerzahler müssen wir, nach meiner Meinung, alle Anträge, welche auf eine allgemeine Herabsetzung der Tarife hinausgehen, abweisen. Eine Steuer halte ich für ein leistungsfähiges Objekt und also fähig, einen größeren Ertrag abzugeben, weil sie von den leistungsfähigsten Elementen des Volkes getragen wird, und das ist die Stempelsteuer. Im vorigen Jahre war uns die Hoffnung auf eine Reform der Einkommensteuer gegeben, ich stehe mit meinen Freunden aber auch in dieser Beziehung durchaus auf dem Standpunkte des Vordrönerer, das aber muß ich demselben entgegenhalten, daß sein Antrag vom Jahre 1885 ein vollkommen unorganischer war. Eine organische Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer ist nur möglich nach Regelung der Kommunalsteuer-gesetzgebung. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn die höheren Klassen der Bevölkerung namentlich auch das Leisten, was sie zu leisten von Reichthümern verpflichtet sind und deshalb kann ich ebenfalls die Regierung nur bitten, recht bald mit der Reform der Einkommensteuer vorzugehen. Dem Vorgehen der preussischen Staatsregierung mit der Umwertung der preussischen Staatsanleihen kann ich meine vollste Anerkennung nicht verjagen, glaube aber, daß es nicht an der Zeit sein würde, gegenwärtig mit einer weiteren Umwertung vorzugehen. In den wichtigsten Ausgaben des Etats rechne ich die Ausgaben für die Erhöhung der Beamtengehälter

ich halte es für eine Ehrenpflicht des Staates, mit derselben so bald als möglich vorzugehen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr.): Wir befinden uns gewissermaßen in einer Zwangslage bei dieser Beratung, denn in einer Stunde beginnt die Sitzung des Reichstages, in welcher der Etat des Reiches in dritter Lesung beraten werden soll. Eine gründliche Beratung dieses Etats ist kaum möglich und dennoch müssen wir die Aufgabe lösen. Ich möchte nur den Herrn Präsidenten erlösen, in den nächsten Tagen auf das Haus an dem Ende der Leipzigerstraße etwas mehr Rücksicht zu nehmen bei den daselbst bevorstehenden wichtigen Beratungen, dies ist nicht nur einem großen Theile der Mitglieder dieses Hauses erwünscht, sondern dürfte auch den Mitgliedern der Regierung erwünscht sein. Was nun den vorliegenden Etat anlangt, so ist es bei den großen Ueberhebungen, die derselbe aufweist, sehr schwer, den Reuten klar zu machen, weshalb es notwendig war, eine solche Uebernahme von Steuern zu bewilligen, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist. Die Finanzpolitik des Herrn Vordrönerer ist eine ganz eigenartige. Derselbe empfiehlt uns Sparsamkeit hier, aber im Reiche will er erhebliche Steuererhöhungen. (Abg. v. Zedlitz: Ist nicht wahr!) Er hat davon gesprochen, daß die kapitalkräftigen Leute höher besteuert werden müssen. Das ist das Unstille, daß jetzt sogar von hier aus gesprochen wird nach Steuererhöhungen im Reiche, dabei will er keine Tarifermäßigungen, keine Milderung des Zolltarifs. Hieran zu rütteln, soll ein Verbrechen sein. Wer will denn eine einseitige Aenderung des Zolltarifs durch Ermäßigung der Getreidezölle? Wir nicht. (Hört! hört!) Gegenwärtig habe ich mich, daß die Rede des Herrn Finanzministers ohne Spitze gegen uns war. Auch in der gutgemeinten Presse hat man allerdings Betrachtungen über den sanften Ton dieser Rede angestellt; ich schreibe mich diesen Distanz nicht an, denn es bleibt doch Alles beim Alten, die Entscheidung liegt in Friedrichshagen. Wir können dem Herrn Reichskanzler gewiß die Rufe, die er dort sucht, allein fraglich bleibt es doch, ob der gegenwärtige Zustand haltbar ist. Ich bin mit dem Herrn Finanzminister darin einverstanden, daß die 80 Millionen Ueber-schüsse von dem großen Betriebskapital der Eisenbahnen nur einen kleinen Prozentsatz bilden. Das nächste Jahr schon kam eine wesentliche Milderung bringen und eben deshalb sind wir Gegner der Verhaaltlichung gewesen. Aber stellen wir uns auch auf den Boden, auf den unsere Finanzpolitik gestellt ist, so sage ich, daß 80 Millionen Ueber-schüsse doch nicht dazu geeignet sind, alzu schwarz zu sehen. Wir haben eine ganze Reihe dringender Bedürfnisse, aber unsere Aufgabe scheint es nur noch zu sein, neue Steuern zu bewilligen. Das Einzige, was erreicht ist, ist, daß wir in Bezug auf die Schuldenentlastung etwas vorwärts gekommen sind. Wie ist es denn aber geworden mit der Steuerreform? Der Herr Finanzminister schweigt darüber und es ist doch außer-ordentlich notwendig, wenn auch nicht mir, so doch dieser Majorität darüber Aufklärung zu geben. In Bezug auf die Einführung der Einkommensteuer bestehen ungläubliche Ueber-schüsse, die nicht aufrecht zu erhalten sind. Die „Frankf. Ztg.“ brachte im vergangenen Sommer die Mitteilung, daß die Großgrundbesitzer nur ein Drittel ihres Einkommens versteuern und frage ich den Herrn Finanzminister, ob er davon Kenntnis genommen hat? Eine ordentliche Einführung wird sich allerdings erst herbeiführen lassen, wenn die betreffenden Behörden von der Politik getrennt werden. Nur eine reine Finanzbehörde giebt die erforderliche Garantie für die richtige Einschätzung. Die Wirtschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Finanzministers wird doch noch einmal Umkehr halten müssen; die Landwirtschaft in Ostpreußen hat schwer darunter gelitten, namentlich durch die Auswanderung eine wirtschaftliche Katastrophe herbeigeführt worden. Das sind die Segnungen der neuen Wirtschaftspolitik, die wir Ihnen voranschlagen haben. Was den Ferretat anlangt, so frage ich Sie: was ist geworden mit jener großen Parole: Schutz und Erhaltung des deutschen Waldes? In keiner Zeit sind so viel Privatwälder devastirt worden, als gegenwärtig. Die Sache ist aber auch zu verführerisch mit dem Holzsell. Was den Eisenbahnetat anlangt, so frage ich Sie: was ist geworden mit der Vertheilung mit angeordnetlicher Vertheilung voranschlagen werden, so daß wir wohl am Schlusse des Jahres einige Duzend Millionen mehr haben. Bei dem Tarife darf nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Interessen vorgegangen werden, nicht im Interesse einzelner Bevölkerungsklassen. Den Etat der Unterrichtsverwaltung anlangend, so hat derselbe eine erhebliche Bedeutung. Es ist hier gewiß der Ort, auf das Verfahren, das auch gegen die Lehrer eingeschlagen wird, einzugehen. Derselben werden auf Grund der Instruktion einer Regierung, wenn sie nicht konservativen Anschauungen huldigen, wegen feindseliger Parteinahme gegen die Staatsregierung zur Disziplinarmessung gezogen, obwohl denselben das Recht der selbstständigen politischen Meinung ebenso gut zufließt, wie jedem anderen Staatsbürger. Eine ebenso einschneidende Vertheilung ist die einer anderen Regierung, welche den Lehrern bei Strafe der Entlassung gebietet, zu ihrer Vertheilung die vorherige Genehmigung der Regierung einzuholen. Bezüglich der Bergarbeiter ist getrieben im „Reichsanzeiger“ die Denkschrift über die Enquete veröffentlicht worden; ich bitte den Herrn Minister, uns diese Denkschrift zugänglich zu machen, damit wir sie in Ruhe prüfen können. Was endlich die Verbesserung der Beamtengehälter anlangt, so frage ich, ob auch die Eisenbahnbeamten darunter betroffen sind. Für heute genug über den Etat. Wir wollen an die Beratung desselben herantreten, indem wir für die freirechtlichen Bedürfnisse des Landes sorgen und die Steuerkraft des Landes schonen. (Beifall links.)

Präsident v. Köller theilt mit, daß ihm von dem Berichte der Untersuchungs-Kommission über die Bergarbeiter 150 Exemplare zur Vertheilung zugegangen seien.

Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Ihrer Durchlaucht der Fürstin zur Lippe, Schwester des vereinigten Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, welche sich zur Zeit in Rudolstadt zum Besuche befindet, ging, wie wir der „Schwarzburg-Rudolst. Ad.-Ztg.“ entnehmen, noch am Sonntag Abend von Sr. Majestät dem Kaiser das nachstehende Telegramm zu:

„Berlin Schloß, 19. Januar 1890, 7 Uhr 44 Minuten Nachmittags. Ich spreche Meine aufrichtige Theilnahme aus an dem Völig völlig überausenden und mich betrieblenden Tode der Fürstin Georg zu Schwarzburg-Rudolstadt, Meines treuen und verehrten Freundes. Wilhelm.“

Die Nationalliberalen des Abgeordneten-hauses beantragen die Einsetzung einer Eisenbahn-Kommission zur Beratung des Eisenbahnetats.

Wie auf der deutsch-freimüthigen Seite, so zeigt auch auf der liberalen das „Anti-Kartell“ Risse; die „Nat.-Ztg.“ erhält folgende Meldung: Köln, 21. Januar. Nach der „Kölnischen Volksztg.“ erfolgte für den Wahlfreie Solingen eine Einigung der Kartellparteien und des Zentrums, gemeinsam den Landesdirektor Klein in Düsseldorf als Reichstagskandidaten gegen den Sozialdemokraten aufzustellen. Klein tritt keiner Partei bei.

Solingen M gegenwärtig durch den Sozialdemokraten Edmund vertreten.

In der Ableitung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft, welche unter dem Vorsitz des Herrn Prof. v. Cunn im Architektenhaus am Freitag sich versammelt hatte, sprach Herr Kapitän Dohly über seine Erlebnisse während des Aufstandes. Holt, der den „Nicht“, später die „Germania“ führte, war in der Lage, mehrfach thätig mitzugreifen zu können, besonders in dem Gefechte am 25. Januar v. J. bei Dar-es-Salaam, wo die Mannschaften der „Sophie“ im Verein mit den Angehörigen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die Araber besiegten. Er schilderte in sehr anschaulicher Weise die Verhältnisse und gab besonders werthvolle Aufschlüsse über die Haffen der ostafrikanischen Rüste, den Charakter der Araber, Sklavenhandel und Sklaverei. Er hielt dafür, daß man in Sansibar eine deutsche Kirche bauen sollte, was sicher auf die Regier in gutem Sinne einwirken würde. Herr Dohly, der früher Chef auf Uunguja, ergänzte diese Mittheilungen durch Schilderung seiner Erlebnisse und stellte sich auf den Standpunkt des Vordrönerer, daß die Araber unsere Feinde seien und man sich deshalb auf die eingeborenen Stämme stützen müsse. Die dichte an der Küste wohnenden Negervölker, wie die Wasaramo, seien allerdings ein erdemliches Material, aber am Unzufriedensten gebe es tapfere, mit der Kampfesweise der Masai wohlvertraute Völkerverbände, welche sich leicht heranzubilden ließen. Besonders seien aber die Wasakuma gute Plantagenarbeiter und würden wegen ihrer kriegerischen Qualitäten recht geschätzt. Es sei möglich, dieselben allmählich so zu disziplinieren, daß man der feindseligen Zulus werde entbehren können. Die Diskussion wendete sich dann der Frage zu, ob Sansibar für uns von so großer Bedeutung sei, um nach derhin neue und dauernde Anlagen zu machen, oder ob die Küste vorzuziehen sei. Obwohl anerkannt wurde, daß Sansibar vermöge seiner Lage nicht zu entbehren sei, so neigte sich doch die Ansicht dahin, daß vor Allem die Hafenplätze der Küste entwickelt werden müßten, besonders Tanga wie Pangani eine schwierige Einfahrt, Bagamoyo eine bei Monjour gefährliche Heide, das sonst günstig gelegene Dar-es-Salaam ein schlechtes Klima habe, so bestehe Tanga sowohl als Hafen wie als militärische Station Vorzüge, welche ihm eine günstige Entwicklung in Aussicht stellten. Besonders wurde das Klima von Tanga, über welches Dr. Rohlfs berichtet, als günstig bezeichnet; dort konnte bereits das Kameel fort, welches auf der Insel Sansibar unfehlbar zu Grunde gehe. Wo aber dieses nur in trockeneren Klimaten gedeihende Thier lebe, konnte auch der Elefant fort. Der Sitzplatz soll ferner auf zwei Meilen schiffbar sein und an seinen Ufern fruchtbares Ackerland enthalten. Auch über die Arbeiterverhältnisse wurde allmählich berichtet.

Schwaben, 18. Januar. Nachdem der Ankauf einer Anzahl mecklenburgischer Privatbahnen von den Ständen genehmigt worden, werden die Vorbereitungen zur Durchführung dieser Maßregel eifrig betrieben. Vorausgesetzt wird zuerst die Friedrich-Franz-Eisenbahn übergeben und zwar Anfang März d. J., und sodann die großherzogliche General-Direktion der Eisenbahn konstituirten werden, welcher die sämmtlichen großherzoglichen Bahnen unterstellt werden sollen.

Danzig, 18. Januar. Die hier zur Ausführung einer Grundreparatur nach der Strandung auf Samoa befindliche Kreuzer-Korvette „Diga“ ist aus dem Schwimmbad der kaiserlichen Werft mittels der für diesen Zweck dort vorhandenen hydraulischen Antriebsmaschine auf die horizontale Stellung geschleppt worden. Solche horizontalen Slips existiren nur an drei Orten der Welt, und zwar in Danzig, in Barcelona (Spanien) und in Pola (Oesterreich). Ein interessantes Schauspiel ist es, zu sehen, mit welcher Leichtigkeit so große Gewichtsmassen, wie sie ein größeres Kriegsschiff repräsentirt, auf einer solchen horizontalen Schleppbahn bewegt werden können.

Frankreich. Paris, 20. Januar. Der Großrabbiner Frankreichs Adol. Rabat protestirt namens der französischen Juden gegen die anlässlich einer Wahlversammlung in Nemilly gehaltenen antisemitischen Reden und bemerkt schließlich, daß kein christlicher Geistlicher Frankreichs Antisemit sei.

Paris, 20. Januar. Senat. Der Präsident Veroyer dankte in einer Ansprache dem Senat für das ihm wiederholt gezeigte Vertrauen durch seine zum neunten Male erfolgte Wiederwahl zum Präsidenten. Frank. ich habe durch die letzten Wahlen bestätigt, daß es gewillt sei, in der Republik die zur Entwicklung seiner Geschichte notwendige Ruhe zu finden. Er wende sich an die Vertreter erster Arbeit zur Verwirklichung des Programms der Reformen und der Paz; der Senat werde mit ihm von den gleichen Wünschen befehl sein und werde zeigen, welche Segnungen das Vaterland von der Republik und der Freiheit erwarten können. (Beifall.)

Schweiz. Bei der Verfassung des deutschen Volkstages



Schwages Spiel

Der Kampf um eine Million.

Von J. Miramar.

Ohne eine Antwort ihres Schachopfers abzuwarten, trat die Trödelin auf ihre Straße zurück und im nächsten Augenblicke wurde der Vorhang auseinandergezogen und die Gesellschaft Wauern trat ein.

„Was wollt Ihr, Erdgeborenen?“ redete sie die Eintretenden mit hoher Grabsstimme an. „Seid Ihr gekommen, von der Sibille zu hören die Schicksale Eures Lebens? Wisst, es brodeln und schießt bereits in meinem Kessel und aus den Dämpfen, die aufsteigen, las ich Eure Zukunft und Vergangenheit, noch ehe Ihr dies Gemach betratet. Kommt Ihr doch aus den Hallen jener Delfinstadt, die da wähnen das Wasser des Lebens zu haben.“

Die Wauern sahen sich betroffen an. „Der wollest Ihr meine Weissagung nicht hören und das Wunderkind schauen?“ fuhr sie fort, „tretet näher.“ Sie wußte mit der Hand nach, von Grauen ergriffen, folgte ihr die Gesellschaft.

„Dieses Kind ist vor einem halben Jahre in einem Dorfe in Währen geboren.“ erklärte sie, „es hat die Gestalt eines halbjährigen Kindes, wie Sie sich überzeugen können,“ sie hob die Decke in die Höhe und ließ wirklich einen kleinen Kinderkörper sehen, „aber den Kopf eines Mädchens von sieben Jahren und spidat auch wie ein solches. Bitte, betragen Sie sie.“

Der Muthigste der Schaulustigen, der für sein Geld doch etwas haben wollte, trat jetzt vor und fragte:

„Wie heißt Du?“ „Amalita.“ war die Antwort. „Wie alt bist Du?“ lautete die zweite schon dreifache Frage. „Sechs Monat.“

„Können Sie sie zählen,“ sagte die Wahrsagerin, „zeigen Sie ihr die Uhr.“ Die Kleine bezeugte ganz richtig alle auf dem Zifferblatt der ihr hingehaltenen Uhr befindlichen Zahlen, was dann aus einem ihr vorgelegten Buche, was aber die größte Verwunderung erregte, gab auf die an sie gerichteten Fragen der Wahrsagerin an, was die Herrschaften sich gedacht und jener zugesichert hatten. So vorbereitet, waren sie um so empfänglicher, die Prophezeiungen der Sibille in Empfang zu nehmen.

Dieselben wurden in einer schwalligen Sprache und mit jener Zuversichtlichkeit ertheilt, die schon das Orakel zu Delphi ausgezeichnet hat, unsern Wauern stand aber darüber der Mund schier vor Verwunderung offen. Die Kleine konnte die Wahrsagerin nicht wissen, daß Hans auf die Freize gegangen war und einen Korb bekommen und daß Peter eine Erbschaft gemacht hatte? Man konnte aus ihren Worten zwar auch das Gegentheil entnehmen, da sie aber gerade so sagten, ließ man sie gelten.

„Nun Ihr, mein guter Vater,“ wandte sie sich endlich an den alten Wauern mit der Pistolenmütze und dem dreieckigen Hut „Ihr habt viel erlebt, wollt Ihr von Eurer Vergangenheit oder von Eurer Zukunft hören?“ „Hä, hä, hä,“ war auch hier die Antwort des Alten.

„Von der Vergangenheit,“ fuhr die Alte fort, „als habe sie die bündigste Antwort erhalten, schauen wir in die Vergangenheit.“ „Zu Euch kommt ein Herr, vornehm und reich, er bringt viel Geld, sehr viel Geld und geht mit Euch in der Nacht und vergräbt es an drei verschiedenen Orten.“

„Hä, hä, hä,“ lachte der Alte. „Ihr versprecht ihm, Keinem zu sagen, wo das Geld liegt, und Ihr habts gehalten bis auf den heutigen Tag.“ „Hä, hä, hä,“ „Aber weißt, wo es liegt, ich sage Euch —“ sie hielt plötzlich inne.

„Nein,“ fuhr sie nach einer Pause fort, „die Stimme verbietet mir, es Euch jetzt zu sagen. Heute Nacht wird es Euch im Geichte offenbaren und in dreimal drei Tagen wird er kommen, dem der vergabene Schwag gehört, er wird Euch das Köpfchen bringen, das ich nicht ansprechen darf, ihm müßt ihr die Orte zeigen.“

Die Wauern standen verblüfft, selbst dem Alten war sein gewöhnliches Hs, hä, hä, in der Kehle stecken geblieben. Die Wahrsagerin fing plötzlich an zu zittern und schlug mit den Armen um sich. „Hebet Euch weg von mir!“ rief sie, „der Geist hat mich zu mächtig erregt, die Fülle der Geichte ist zu groß, ich kann nicht mehr, ich muß mich sammeln.“

Wie verbrochen saß sie auf einem Stuhl. Der Dackel führte die Wauern hinaus, die mit allen Zeichen der Furcht und des Schreckens davonstüchelten und erst wieder zu athmen wagten, als sie die furchtbare Wude weit hinter sich hatten.

Die Bande unter sich.

„Markt und Strafen werden stiller,“ konnte man mit Schiller sagen, wir möchten aber Anstand nehmen, das Bild des Friedens weiter auszuführen, um es auf das Kartenpiel weiter anzuwenden, obgleich wir dasselbe in der That vollzählig, um des Nichts gefällige Flamme“ verarmt finden. Die Gesetze der Waise waren verübt, die Huden geschlossen, nur aus einigen Schenkern erlöste noch Tanzmusik und in einer außerhalb der Stadt gelegenen leer stehenden Scheuer, die der Besitzer dem Altkleider und dem Dackeln auf ihr insändiges Bitten als Lagerstätte eingeräumt hatte, sahen wir die gesammelte Bande versammelt.

Das Kartenspiel hatte die Verzicht gebracht, verschiedene Herbergen aufzusuchen, es aber so eingerichtet, daß immer zwei von ihnen sich ange-

demselben Orte befanden und ihre untergeordneten Kräfte auch in gleicher Weise vertheilt. Die Kartenpielerin schloß mit dem Wunderkinde in ihrer Hand. Der Altkleider hatte die Scheune genommen, weil man einen Fleck haben wollte, wo man ungefähr seine Verabredungen pflegen und seine Organe feiern konnte.

Beides war an diesem Abend der Fall. In Ermangelung eines Tisches war der Fußboden bedeckt mit Epwären und Geräthen aller Art, die man in zum Theil recht wunderlichen Verhältnissen herbeigeschleppt hatte. Die Stelle der Teller vertrat bei den Meisten große Bogen Papier; wo das Einlegemesser, das Jeder bei sich führte, nichts ausreichen wollte, da beriente man sich der Finger und Zähne und des Lins der Gläser konnte man um so mehr entbehren, als es ein viel abgekürzteres Verfahren erzielte, aus der Flasche zu trinken.

Nur Heinrich Fahlteig hatte auch in dieser Umgebung eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch zu nehmen gewagt. Er saß auf einem Stuhle, dem einzigen, den man, Gott weiß, auf welche Weise herbeigeschleppt, hatte einen kleinen Tisch vor sich, einen Leller, ein Glas und etliche Flaschen. In der rechten Hand hielt er das Messer, in der linken, wie immer mit einem Handtuch bedeckten die Gabel, welche Instrumente er nach allen Regeln des Anstandes handhabte. Vornehm, weniger diffizil als sein Vater, hatte sich mit den Andern gelagert und schmausie und rechte wie sie.

Die Scene ward durch etliche Blendlaternen beleuchtet, so daß man den Lichtschein von Außen nicht gewahren und bei dem leiseren verdächtigen Geräusch die vollste Intimität bezweckelt werden konnte. Da diese Laternen am Boden standen und die auf den Strohbündeln sitzenden und liegenden Gestalten beträchtlich darüber hinausragten, so lagen die Gestalten im Schatten und die Beleuchtung gab der Scene etwas Phantastisches und Unheimliches. Man sah die Hände, welche in die Schüsseln griffen oder die Flaschen erboben, aber nicht den Mund, dem dieser Proviant zu-

Eine Zeitung hörte man in dem Raum nichts als das Geklirr der Flaschen und das Geräusch der Kanonen, Alle waren mit der Stillung ihres Hungers und Durstes beschäftigt. Endlich stand Pique-Aß auf und sagte:

„Ihr habt jetzt gerade genug gegessen und getrunken, um Euren Hunger und Durst zu stillen, haltet jetzt inne. Jeder erhalte mit seinem Bericht, lüesere mir seine heutige Einnahme ab und empfangen meine weiteren Befehle, ist das geschehen, mögt Ihr essen oder trinken, ist Ihr nicht mehr kühn, unter der einen Bedingung, daß Ihr Euch ruhig verhaltet, kann darf hier nicht gemacht werden.“

Das Raufen und Schnalzen hörte augenblicklich auf, um der Altkleider that noch einen langen Zug, der eine ganze Klotze ihres Inhalts entleerte.

Der Besitzer des Wachsgebirgsbalkens und der Altkleider lieferten ihre nicht unbedeutende Kasse ab und meldeten, daß sich an diesem Tage nichts Auffälliges ereignet habe. Fahlteig zuckte mittelwiegend die Achseln. „Zum Beobachten seid ihr verdothen,“ sagte er, „wenn Eure Leistungen auf anderen Gebieten nicht besser ausfielen, hätte das Kartenspiel sehr wenig an Euch. Ich bin überzeugt, Martin hat mehr zu berichten, sprich, mein Sohn!“

„Einen Augenblick,“ fiel ihm der Salomo ins Wort, „zuweilen möchte ich doch erfahren, was meine süße Freundin, die weiße Sibille, heute erkundet hat. Lange ist die doch nicht mehr im Stande, die Speisen und Getränke da vor sich unberührt stehen zu lassen, also laßt am besten, wir befragen sie. Hast Du dem alten Bauer, den ich Dir durch den Dackeln zuführte, auf den Zahn gefühlt?“ fuhr er, zu der Wahrsagerin gewandt, fort, nachdem der Hauptmann durch ein summes K. künden sein Einverständnis mit seinem Vorschlage ausgesprochen.

Die „fähe Freundin“ schlug eine häßliche, gellende Lache auf.

(Fortsetzung folgt.)

Farbige Seidenstoffe v. 95 Pf. bis 12.55 v. Met. — glatt gestreift, karirt u. gemustert (ca. 2500 vers. Farben und Dessins) — ver. rob. und sättig, port. und selbst bei Fabrik-Depot G. Henneberg (K. u. K. Hofliefer.) Zürich. Muster umgehend. Briefe kosten 20 S. Porto.

I. Bei der am 1. und 2. Juli er. stattgefundenen Auslosung der im Jahre 1889 zu Wien den Stamm-Aktien der Stargard-Polener Eisenbahn-Gesellschaft sind gezogen worden:

Table with columns for numbers (Ar. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20) and corresponding values.

Table with columns for numbers (22697, 22754, 22767, 22776, 22779, 22810, 22889) and corresponding values.

Table with columns for numbers (46282, 46312, 46320, 46339, 46382, 46385, 46194) and corresponding values.

Die Eigentümer dieser Aktien werden hierdurch aufgefordert, die Kapital-Verträge gegen Auslieferung der Wertpapiere vom 20. Dezember 1889 ab in den gewöhnlichen Geschäftsstunden:

II. Von den im Jahre 1888 und früher ausgelassenen Stamm-Aktien der Stargard-Polener Eisenbahn-Gesellschaft sind folgende Nummern noch nicht zur Einlösung gebracht worden:

Table with columns for numbers (Aus 1886, Aus 1887, Aus 1888) and corresponding values.

Bekanntmachung. Die Verlegung des Oberbans zu dem Stagesche bei Wahrenfeld ist gegeben worden. Angebote mit der Aufschrift: „Angebot auf Stagesche Wahrenfeld“ sind vorläufig bis zum 30. Januar 1890, Vormittags 10 1/2 Uhr, an uns einzureichen.

National-Liberaler Wahl-Verein für Stettin und Umgegend. Berasammlung Donnerstag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr, im Saale der Grünhof-Brauerei „Vock“. Tagesordnung: Rede des Ober-Regierungsrathes in der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin, Herrn Reitzenstein: „Ueber die bevorstehenden Reichstags-Wahlen.“

Einladung zur Berasammlung an der Frankfurter Serienloose-Gesellschaft, welche für ihre Teilnehmer in der Serie bereits gezogene Staatsanleihenloose befreit, die unbedingt mit Treffer daranzumehmen müssen.

Stettiner Handwerker-Verein. Morgen, Donnerstag, Abends 8 Uhr, Fl. Domstraße 21: Vortrag des Herrn Dr. med. Landsberg. (Nur für Herren.) Nichtmitgliedern ist die Theilnahme gestattet.

Stettiner Handwerker-Verein. Feige'sche Sterbe-Kasse. Begründet 1874. Die General-Verammlung der II. und III. Feige'schen Sterbe-Kasse findet am Mittwoch, den 29. Januar, Abends 8 Uhr im Restaurant Lange, Breitenstr. 7, statt, wozu die Mitglieder eingeladen werden.

Grabow Stadt-Sparkasse. Einlagen von 1 bis 5000 Mark werden angenommen und mit 3 Prozent verzinst. Stattenfinden an den Wochentagen von den 8 bis 12 Uhr Vormittags. Das Kuratorium der Grabow Stadt-Sparkasse.

Johannes & Mülle, Familien-Anzeigen. Geburten: Ein Sohn: Herrn H. Michals (Görlitz). — Herrn Pastor Bäcker (Steinhagen). — Herrn H. Braun (Gremersdorf). — Eine Tochter: Herrn H. Auer (Grimma). — Herrn W. Wundt (Stargard). Sterbefälle: Herr Heinrich Drehe (Graßwald). — Herr Johann Eisinger (Ramsd.). — Herr Wötter (Prezlan). — Herr Gustav Heinrich (Koblenz). — Herr Samuel Müller (Witz). — Frau Louise von Rohr (Mehring). — Frau Charlotte Gejele (Prezlan).

